

Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



**Pressekonferenz „Gute Arbeit – gut in Rente“ zu altersgerechter Beschäftigung
und flexiblen Übergängen in den Ruhestand**

Berlin, 17. April 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kampagne „Gute Arbeit – Gut in Rente“ der IG Metall läuft auf vollen Touren.

Zur Erinnerung: Die IG Metall hat die Initiative ergriffen:

- weil in vielen Betrieben gesundheitsverschleißende Arbeitsbedingungen nicht zu übersehen,
- altersgerechte Arbeitsplätze und eine demografiesensible Personalpolitik hingegen nicht in Sicht sind.

Und weil mit der Rente mit 67 und dem weiter sinkenden Rentenniveau die Weichen falsch gestellt sind.

Dabei konnte man in den letzten Wochen den Eindruck gewinnen, dass die älteren Arbeitnehmer in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind wie nie.

Die Zahl der Arbeitnehmer in der Gruppe „60 plus“ sei innerhalb eines Jahres um mehr als 12 Prozent gestiegen, so die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Meine Damen und Herren,

hier ist und bleibt Vorsicht geboten.

Bei genauerer Betrachtung schmelzen die scheinbaren Erfolge wie Schnee in der Frühlingssonne.

Erstens: Der aufscheinende Optimismus wird von den Erfahrungen der betrieblichen Praktiker nicht bestätigt.

Nach einer Befragung der Betriebsräte durch die IG Metall sind nicht einmal vier Prozent der Beschäftigten über 60 Jahre alt und nur knapp ein Prozent über 63 Jahre.

Die schöne neue Arbeitswelt für die Alten ist und bleibt ein Mythos!

Zweitens: Diese branchenspezifischen Befunde werden auch durch die offizielle Statistik der BA gedeckt.

Liegt die Beschäftigungsquote der 60-Jährigen noch bei knapp 44 Prozent, so sind bei den 64-Jährigen nur noch 14 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Dazu gehören auch Teilzeitbeschäftigte und zum Teil Arbeitnehmer in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Die Quote der Vollzeitbeschäftigten 64-Jährigen dürfte unter 10 Prozent liegen.

Mit anderen Worten: Je näher der Jahrgang an der Rente, desto niedriger die Beschäftigungsquote.

Hinzu kommt drittens, dass viele der „arbeitenden Alten“ bereits in Rente sind und durch einen Teilzeitjob die unzulänglichen Altersbezüge aufstocken.

In diesen Fällen ist die steigende Beschäftigungsquote kein arbeitsmarktpolitischer Fortschritt, sondern ein rentenpolitisches Warnsignal!

Mein Fazit: Die gestiegene Beschäftigungsquote in der Gruppe der 60- bis 64-Jährigen signalisiert keine paradigmatische Wende auf dem Arbeitsmarkt.

Der von der Politik und Arbeitgebern beschworene Mentalitätswandel hat offensichtlich nicht stattgefunden.

Die Zahlen zur Beschäftigungsquote Älterer taugen nicht als Begründung für die Rente mit 67.

Sie sprechen vielmehr für eine arbeitspolitische Offensive zur alternsgerechten Gestaltung der Arbeitswelt.

Und genau dazu hat die IG Metall in ihrer Initiative konkrete Vorschläge unterbreitet.

Dabei setzen wir:

- auf passgenaue Weiterbildungsangebote für Ältere,
- kürzere Arbeitszeiten bei Schichtarbeit und weniger Nachtschichten,
- und ein reduziertes Arbeitstempo in der Produktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in einem weiteren sozialpolitischen Feld klopft sich die Bundesregierung mit einer angeblichen Erfolgsgeschichte kräftig auf die eigene Schulter.

Das Stichwort lautet: Rentenanpassung 2013.

Die Erhöhung von 0,25 Prozent im Westen und 3,29 Prozent im Osten wird als „Angleichung“ zwischen Ost und West und als Verdienst der Regierung interpretiert.

Auch hier lohnt ein zweiter Blick:

Mal abgesehen davon, dass die unterschiedliche Rentenanpassung in West und Ost vor allem auf den krisenbedingten Einbruch der West-Entgelte, der so im Osten nicht stattfand, zurückzuführen ist:

Die sehr geringe Angleichung ist eine „Angleichung nach unten.“

Denn in Ost- wie in Westdeutschland bleiben die Renten hinter der jeweiligen Lohnentwicklung zurück.

Jetzt greift, was die Politik mit den Rentenreformen der letzten Jahre immer wollte.

Die Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel verrichten ihre Arbeit und koppeln die Renten von den Löhnen ab.

Verglichen mit der Entwicklung der Arbeitseinkommen sinken die Renten – überall in Deutschland.

Und das bei Zahlbeträgen, die vielfach heute schon nicht mehr zum Leben reichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch deshalb forderte die IG Metall eine grundlegende Korrektur in der Rentenpolitik.

Die Eckpunkte lauten:

Erstens: Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein.

Unter den Bedingungen einer normalen Erwerbsbiografie muss die gesetzliche Rente den Lebensstandard sichern.

Hierzu müssen der Sinkflug des Rentenniveaus gestoppt und die Entwicklung der Renten wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelt werden.

Beim Rentenniveau ist keine Luft nach unten, höchstens nach oben.

Zudem müssen Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen zumindest vor Armut im Alter geschützt werden.

Dazu müssen etwa Phasen mit niedrigeren Beiträgen aufgewertet und die Leistungen für Arbeitslose verbessert werden.

Zweitens: Flexible Übergänge statt Einheitsrente 67

Arbeitsbedingungen und betriebliche Bedarfe sind zu unterschiedlich für starre Einheitslösungen.

Statt der Rente mit 67 fordert die IG Metall flexible Ausstiegsoptionen im Rentenrecht.

Dazu gehören:

- eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit,
- der erleichterte Zugang zu einer generell abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente,
- sowie der abschlagsfreie Ausstieg für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten.

Drittens: Gute Renten müssen solidarisch finanziert werden

Ein solidarisches und nachhaltiges Finanzierungskonzept

- erweitert den versicherten Personenkreis und bezieht alle Erwerbstätigen in einer Erwerbstätigenversicherung mit ein,
- sichert mit einer Demografie-Reserve die Rente der „Baby-Boom-Jahrgänge“ und
- verschließt sich im Bedarfsfall nicht zusätzlicher Finanzmittel durch eine ggf. notwendige moderate Anhebung des Beitragssatzes über 22 Prozent nach 2030.

Die Zustimmung zu diesen Vorschlägen in der Bevölkerung ist hoch.

Unsere bereits erwähnte Umfrage zeigt: Auch die Gruppen, die zusätzlich in eine zu schaffende Erwerbstätigenversicherung einbezogen würden, stehen ihr aufgeschlossen gegenüber: 49 Prozent der befragten Beamten und 71 Prozent der Selbstständigen und Freiberufler befürworten diesen Vorschlag der IG Metall.

Auch die moderate Erhöhung der Beitragssätze findet breite Zustimmung.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

ich fasse zusammen:

Wir werden die Unternehmen nicht aus der Verantwortung lassen und die Missstände in den Betriebe weiter zum Thema machen.

Und wir werden auf reale Verbesserungen an den Arbeitsplätzen drängen.

Zugleich nehmen wir im Bundestags-Wahlkampf die Politik in die Verantwortung.

Die Zukunft der Alterssicherungspolitik ist ein Top-Thema.

Mit dem Rückenwind der Zustimmung in der Bevölkerung wird die IG Metall

- die Rente mit 67 und den flexiblen Altersausstieg,
- eine bessere Absicherung im Alter und
- die solidarische Finanzierung der Renten,

zu zentralen Kampagnenthemen im Bundestagswahlkampf machen.

Wir werden von den Kandidaten aller Parteien Stellungnahmen zu unseren Vorschlägen einfordern;

und wir werden nach der Wahl sehr genau darauf achten, was aus den Wahlversprechen wird.

Denn:

Die Menschen brauchen gute Arbeit, um gesund bis zur Rente zu kommen.

Und sie brauchen flexible Ausstiegsmöglichkeiten mit Renten, von denen sie leben können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit